



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen der  
Deutschen Stiftung Eigentum**

**1. Freiheit und Eigentum sind eng verbunden. Beide erfüllen auch wichtige ökologische und soziale Funktionen. Meinen Sie, dass die Personenbindung des Eigentums dessen verantwortungsvollen Gebrauch sichert oder bedarf es ergänzend der staatlichen Steuerung – wenn ja: mit welchen Instrumenten?**

**Antwort:**

Die Personenbindung von Eigentum hat in unserer freiheitlichen Demokratie und in der Sozialen Marktwirtschaft besondere Bedeutung. Deutschland ist das Land des Mittelstands. Wachstum, Wohlstand, Wettbewerb und Innovationsgeist sind das Ergebnis eines verantwortungsvollen, freien und sozialen Umgangs mit Eigentum. Zur Unterstützung dessen können bessere Rahmenbedingungen durch steuerliche oder auch rechtliche Instrumente für junge Gründer und Unternehmer ebenso wie Instrumente zur Sicherung des Wettbewerbs wirken.

**2. Der Garantie des Eigentums steht die Möglichkeit der Enteignung gegenüber. Es gibt Stimmen, die Enteignung als ein gewöhnliches Mittel der Marktgestaltung sehen und sich darum offen für Enteignung oder Vergesellschaftung aussprechen, etwa auch von Wohnraum oder Unternehmen. Was halten Sie davon?**

**Antwort:**

CDU und CSU lehnen die Enteignung oder Vergesellschaftung von Wohnraum und Unternehmen entschieden ab. Unser Grundgesetz schützt das Eigentum als ein wichtiges Grundrecht. Diese Eigentumsgarantie bzw. der Schutz des Privateigentums ist auch ein wichtiges Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft. Hieran werden wir nicht rütteln!

**3. Die Frage nach der Verbindung von Eigentum und Verantwortung hat das Gesellschaftsrecht erreicht. Unter dem Schlagwort GmbH in gebundenem Vermögen wird über eine Rechtsform diskutiert, die keinen Eigentümer kennt und auf die Reinvestition von Gewinnen verpflichtet ist. Wie denken Sie darüber?**

**Antwort:**

Wir sehen aktuell keinen dringenden Bedarf, eine neue Rechtsform für Unternehmen einzuführen.

**4. Ein großer Teil der Vermögen ist in Betrieben und Sachwerten gebunden. Wie stehen Sie zur steuerrechtlichen Idee der Einführung einer Vermögensteuer? Wie wollen Sie ggf. sicherstellen, dass die Substanz der Betriebe – wie vom Bundesverfassungsgericht 1995 gefordert – effektiv geschont wird?**

**5. Eng verbunden mit dem Eigentum ist das Schenkungs- und Erbrecht. Die Freiheit, selbst zu entscheiden, wem zu Lebzeiten oder nach dem Tod Eigentum zugewandt soll, ist Anreiz, langfristig privates und unternehmerischer Vermögen aufzubauen. Wie verhalten Sie sich zum Schenkungs- und Erbrecht?**

**Antwort auf die Fragen 4 und 5:**

Wir treten entschieden allen Überlegungen zur Einführung neuer Substanzsteuern wie der Vermögensteuer oder Erhöhung der Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer entgegen. Eine Vermögensteuer würde unter anderem sowohl Hauseigentümer als auch Mieter belasten und somit das Wohnen für alle verteuern. Sie würde darüber hinaus Betriebsvermögen belasten und somit Arbeitsplätze gefährden. Die Vermögensteuer ist eine Wohlstandsbremse.

**6. Für viele Menschen ist selbstgenutztes Wohneigentum ein wichtiges Element der persönlichen Lebensgestaltung und der privaten Altersvorsorge. Wohneigentum ist allerdings sehr teuer geworden. Wie möchten Sie Neubau und Sanierung ankurbeln sowie die Kauf- und Kaufnebenkosten senken?**

**Antwort:**

Wir unterstützen alle, die sich ein Eigenheim wünschen. Wir werden das KfW-Wohneigentumsprogramm für Familien ausweiten. Wer Kinder hat, soll stärker davon profitieren. Den Ländern werden wir ermöglichen, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums von 250.000 Euro pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind zu gewähren. Fertighäuser im modularen Baustil können ein Mittel sein, Individualität und Ressourceneffizienz gleichermaßen zu verbinden. Sie verdienen des-

halb gerade mit Blick auf das familiäre Eigenheim mehr Aufmerksamkeit. Attraktive Mietkaufmodelle sollen es vor allem jungen Menschen mit geringerer Kapitalausstattung ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben. Die Sanierung im Bestand werden wir weiter fördern und eine neue Umbaukultur für mehr bezahlbaren Wohnraum und neues Leben in alten Gebäuden entfachen. Schrittweises Sanieren soll besser gefördert werden, da schon kleinere Maßnahmen wichtig und wirksam sind.

**7. Wichtig für private und gewerbliche Wohnungseigentümer sind die Bedingungen, zu denen Wohnraum vermietet werden kann. Dabei geht es um Fragen der Gestaltung der Miethöhe sowie der Umlagefähigkeit von Kosten. Wie sollte aus Ihrer Sicht die Gestaltungsfreiheit für Vermieter geregelt sein?**

**Antwort:**

Generell obliegt es dem Vermieter die Miethöhe unter Berücksichtigung der ortsüblichen Vergleichsmiete zu bestimmen. Wir setzen nicht auf rechtlich fragwürdige und ungeeignete Eingriffe, wie den Mietendeckel, sondern packen das Problem an der Wurzel. Der beste Mieterschutz ist und bleibt ausreichender Wohnraum. Wo Wohnraum teuer ist oder fehlt, wie in vielen Großstädten, heißt unsere Devise: mehr, schnell, modern und bezahlbar bauen.